

Es gilt das gesprochene Wort:

Haushaltsrede 2009

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wer hätte vor wenigen Wochen geglaubt, dass unserem gesamten Finanzsystem ein Kollaps droht mit weltweiten Folgen. Wir hörten und sahen zwar in den Nachrichten Tag für Tag neue Meldungen über Milliardenverluste. Meistens war das aber weit weg und wir hofften, dass das ein amerikanisches Problem bleibt und Deutschland halbwegs verschont bleibt. Mich bewegt in diesen Tagen, dass wir alle staunend und machtlos dieser Entwicklung zusehen müssen und auch jetzt noch keiner vorhersagen kann, was noch kommen wird. Auch unsere Politiker in Berlin werden von den Ereignissen und den Folgen überrascht. In seiner Haushaltsrede sagte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 16. September 2008: „Obwohl diese Finanzmarktkrise zweifellos das größte konjunkturelle Risiko auch für die deutsche Volkswirtschaft darstellt, halte ich die möglichen Auswirkungen auf uns nach Erkundigungen und Gesprächen mit dem Bundesbankpräsidenten, Professor Weber, für begrenzt.“ Wir können davon ausgehen, dass der Bundesfinanzminister zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnte, dass die Pleite von Lehman Brothers die Welt ins Finanzchaos stürzen wird, der Bund zwei Wochen später für die Rettung der Hypo Real Estate mit einer Bürgschaft von über 26 Milliarden Euro einspringen muss und eine weitere Woche später dann

Bürgschaftsgeber für 50 Milliarden Euro gebraucht werden. Wenig später einigten sich alle EU-Mitgliedsstaaten auf ein gemeinsames Vorgehen zur Abwendung der Finanzmarktkrise und die Bundesregierung schnürte ein Rettungspaket mit der atemberaubenden Summe von 500 Milliarden Euro, das letzte Woche in einem vorher niemals für möglich gehaltenen Eilverfahren beschlossen wurde. Es wurde in Europa und der ganzen Welt ein gigantischer Rettungsschirm für die Banken aufgespannt, von dem die Politik erwartet, dass damit der Zusammenbruch der globalen Finanzwelt verhindert und der Absturz der Börsen gestoppt werden kann. Eine Entwicklung mit solcher Wucht und in dieser Kürze hätte sich vorher niemand vorstellen können.

Ich bin froh, meine Damen und Herren, dass der Landkreis wenigstens nicht direkt von der Finanzmarktkrise betroffen ist. Um unsere Sparkasse müssen wir uns keine Sorgen machen.

Es wird spannend werden, welche Banken nun das Rettungspaket des Bundes in Anspruch nehmen. Man kann sich nur noch darüber wundern, wie ein Herr Ackermann als Deutsche Bank-Chef nach staatlicher Hilfe rief und damit seine bisherige Ablehnung, ja sein Kampf gegen die kommunale Gewährträgerhaftung und für eine Privatisierung der Sparkassen wohl nur noch das Geschwätz von gestern bleibt.

Meine Damen und Herren,

Die letzten Monate haben uns deutlich vor Augen geführt, wie groß die Abhängigkeiten in der global vernetzten Welt geworden sind und wie schnell sich Krisen weltweit entwickeln können.

Ich möchte nicht schwarz malen. Wir wissen alle nicht, was die Zukunft bringen wird. Wir können nur hoffen, dass die Finanzkrise überwunden wird und dass Europa und Deutschland trotz allem noch glimpflich davonkommen. Aber wir alle wissen, in solchen unsicheren Zeiten ist Vorsicht und Vorsorge angebracht. Das unterscheidet uns von den Amerikanern und den Investmentbankern, die geglaubt haben, sich durch neue und immer größer werdende Risiken retten zu können.

Wir müssen uns auf schlechtere Zeiten einstellen. Das stetige Wachstum der vergangenen Jahre ist vorbei. Das bezweifeln nicht einmal mehr die größten Optimisten. Die Frage ist nur noch, wie steil es bergab geht und wie lange die Erholung dauert.

Weil wir das nicht vorhersagen können, dürfen wir uns jetzt nicht weiter verschulden und damit den Handlungsspielraum für die Zukunft schmälern. Wir dürfen aber auch nicht auf die Bremse treten und dringende Investitionen verschieben. Wenn alle öffentlichen Haushalte so auf die Finanzkrise reagieren würden, wäre eine Rezession bestimmt nicht zu verhindern.

**Meine Damen und Herren,
der deutsche „Schuldenrucksack“ für die nach uns kommenden Generationen wird immer schwerer, deren politischer Gestaltungsspielraum dementsprechend kleiner. Wenn wir Generationengerechtigkeit wirklich ernst nehmen, dann haben wir dafür zu sorgen, dass es keine Neuverschuldung geben wird. Denn auf Schuldenbergen können unsere Kinder nicht spielen. Oder, wie es das Bundesfinanzministerium sagt: „Den langen Kassenzettel**

für kurzfristige Freuden, die wir uns heute auf Pump leisten, zahlen unsere Kinder. Das ist ungerecht.“

Letztes Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede angekündigt: „Ich bin fest entschlossen, mit Ihnen gemeinsam dafür zu sorgen, dass wir Wege aus der Verschuldung finden“. Für die Aufstellung des Haushaltsplans 2009 habe ich deshalb als Grundsatz vorgegeben: Es darf keine Neuverschuldung geben.

Dieses Ziel wird mit dem Haushaltsplanentwurf 2009 erreicht. Trotzdem konnten wichtige Investitionen im Haushalt untergebracht werden. Das verdanken wir den gegenüber dem letzten Jahr um 10,2 % ansteigenden Steuerkraftsummen unserer Städte und Gemeinden. Das bringt dem Landkreis bei unverändertem Hebesatz der Kreisumlage eine um rund 6,1 Mio. Euro höhere Kreisumlage und um etwa 1,7 Mio. Euro ansteigende Schlüsselzuweisungen. Zwar wächst deshalb auf der Ausgabenseite die Finanzausgleichsumlage um rund 500.000 Euro. Unter dem Strich bleibt aber eine Verbesserung um rund 7,3 Mio. Euro in der Kreiskasse.

Jetzt werden bestimmt einige Bürgermeister sagen, dass von diesen Mehreinnahmen ein Teil durch eine Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes an die Städte und Gemeinden zurückgegeben werden muss. Schließlich müssen sich auch die Gemeinden auf schlechte Zeiten einstellen. Dafür habe ich großes Verständnis. Trotzdem kann ich eine Senkung der Kreisumlage nicht empfehlen und möchte die Kreisumlage stabil halten. Ich möchte das gerne begründen:

Die 7,3 Mio. Euro mehr auf der Einnahmen-Seite werden leider durch unvermeidbare Ausgabensteigerungen geschmälert. Wir erwarten im Sozialhaushalt, knapp kalkuliert, unter dem Strich einen um rund 3,1 Mio. Euro höheren Zuschussbedarf als in diesem Jahr. Zur Begründung komme ich später.

Die Personalkosten werden wegen der Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst um fast 1,5 Mio. Euro steigen.

Damit bleiben von den 7,3 Mio. Euro nur noch 2,7 Mio. Euro übrig. Dieser Betrag würde theoretisch ausreichen, um die Kreisumlage um 1,5 Punkte zu senken.

Was hätte das für Konsequenzen?

Der Bau der Westumgehung kann nicht unterbrochen werden. Die Finanzierungsrate 2009 beträgt 7,1 Mio. Euro, davon ca. 4,5 Mio. Euro Landeszuschuss. Der Landkreis muss also rund 2,6 Mio. Euro Eigenanteil aufbringen. Dafür ließe sich eine Kreditaufnahme zwar rechtfertigen. Denn die Westumgehung ist eine Zukunftsinvestition, von der auch die nächste Generation profitieren wird. Trotzdem die Frage: Ist jetzt Vorsorge nicht besser als weitere Schuldenaufnahme?

Wir könnten die Kreisumlage senken, wenn auf andere Investitionen verzichtet würde oder neue Investitionen zeitlich gestreckt würden:

Außer für die Westumgehung sind 0 Euro Kreismittel für den Straßenbau im Haushaltsplan 2009 eingeplant. Der Straßenhaushalt umfasst zwar insgesamt knapp 9,8 Mio. Euro Investitionsausgaben. Diese sollen mit 4,9 Mio. Euro Investitionszuschüssen und rund

2,5 Mio. € anteiligen FAG-Zuweisungen für den Straßenbau, also 7,4 Mio. Euro Landesmitteln finanziert werden. Bleibt ein Kreisanteil in Höhe von 2,4 Mio. Euro, von dem wie gesagt 2,6 Mio. Euro auf die Westumgehung entfallen. Unter dem Strich verwenden wir also neben der Investitionsförderung auch noch zusätzlich rund 200.000 Euro aus dem Straßenlastenausgleich zur Finanzierung der Westumgehung.

Soll da im Straßenhaushalt noch weiter gestrichen werden? Der Zustand des 660 Kilometer langen Kreisstraßennetzes ist jedem hinlänglich bekannt. Jedem würde sofort eine Kreisstraße einfallen, die dringend gerichtet oder ausgebaut werden muss, wenn es denn einen Spielraum gäbe.

Der Zustand unseres Kreisstraßennetzes erfordert eigentlich viel mehr Investitionen. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Mehrheit des Kreistags Streichungen beim Straßenbau zugunsten einer geringeren Kreisumlage sicher nicht möchte.

Wir haben im Haushaltsplan insgesamt 3 Mio. Euro für den Kauf der Straßenmeisterei in Gerabronn und für einen Neubau der Straßenmeisterei in Crailsheim eingestellt. Sollen wir darauf verzichten und die Straßenmeistereien weiterhin nur mieten? Das wäre allerdings ein schlechtes Geschäft, es sei denn, das Land lässt sich auf eine spürbare Senkung des Pachtpreises ein. Das hält die Landkreisverwaltung für sehr unwahrscheinlich und seit der letzten Woche fast für ausgeschlossen. Das Land ist nämlich sehr am schnellen Verkauf seiner Immobilien interessiert. Dieses

Interesse wird spürbar in einem deutlich, nämlich um über 1,5 Mio. Euro verbesserten Kaufpreisangebot des Landes.

Ich werde deshalb in den Haushaltsberatungen vorschlagen, dass die 3 Mio. Euro für die Straßenmeistereien um mindestens 1,5 Mio. Euro aufgestockt werden. Damit könnten wir dann die Straßenmeistereien in Blaufelden, in Crailsheim, in Gerabronn und in Schwäbisch Hall kaufen und auch noch die dringendsten Sanierungsmaßnahmen durchführen.

Auch über die geplante Verlagerung der Straßenmeisterei in Crailsheim muss noch mal nachgedacht werden. Wir wollen mit dieser Investition die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Bauhof und der Straßenmeisterei testen. Wir versprechen uns von dieser Kooperation Synergien, die Leistungsverbesserungen und Einsparungen bringen sollen. Wegen dem um über 300.000 Euro verbesserten Kaufpreisangebot des Landes für die vorhandene Straßenmeisterei in Crailsheim, muss die im Arbeitskreis Struktur getroffene Vorentscheidung für den Neubau jetzt noch einmal auf den Prüfstand. Bleibt es beim voraussichtlich 2,45 Mio. Euro teuren Neubau neben dem städtischen Bauhof, reichen die im Haushaltsplanentwurf eingestellten 3 Mio. Euro und die von mir vorhin vorgeschlagenen zusätzlich 1,5 Mio. Euro, also zusammen 4,5 Mio. Euro nicht aus, sondern werden rund 1 Mio. Euro mehr gebraucht.

Das Ziel der Netto-Nullverschuldung wäre dann nicht mehr erreichbar. Die angesprochenen 1,5 Mio. Euro könnten aber noch ohne zusätzliche Schulden geschultert werden. Das ist möglich,

weil wir, so wie es momentan aussieht, nach den Prognosen im laufenden Haushalt einen Überschuss erwirtschaften werden. Dieser resultiert im wesentlichen aus den ins Jahr 2007 vorgezogenen Investitionen in Höhe von 700.000 Euro und aus Einsparungen im Jahr 2008 für das Berufsschulzentrum Crailsheim. Seit der letzten Woche wissen wir auch, dass anders als in früheren Jahren gewohnt, der für 2008 eingeplante Zuschussbedarf für die soziale Sicherung ausreichen wird. Die zu erwartenden Mehrausgaben bei der Jugendhilfe können mit geringeren Ausgaben bei der Sozialhilfe und hier bei Harz IV ausgeglichen werden. Jetzt wirkt sich die gute Konjunktur endlich aus.

Für den Erwerb der Straßenmeistereien wäre eine Kreditaufnahme gerechtfertigt, weil der größte Teil des Schuldendienstes durch Einsparung der Mietkosten finanziert werden könnte. Aber die Chance, in guten Zeiten eine nachhaltige strukturelle Verbesserung im Kreishaushalt zu erreichen, wäre dann vertan.

Letzte größere Investition, die für eine Senkung der Kreisumlage gekürzt oder geschoben werden könnte, ist die Sanierung der Großsporthalle in Crailsheim. An der Notwendigkeit dieses Vorhabens wird nach fast 40-jähriger Betriebszeit bestimmt niemand zweifeln. Wir haben zwei Drittel des voraussichtlichen Kostenanteils des Landkreises im Haushaltsplan 2009 veranschlagt. Angesichts dessen, was auf den Landkreis in Zukunft noch zukommen wird, spreche ich mich dagegen aus, einen größeren Teil der Belastung in das Jahr 2010 zu verschieben.

Im Vermögenshaushalt sind Grundstückserlöse in Höhe von 800.000 Euro veranschlagt. Dabei handelt es sich um den geplanten Verkauf des ehemaligen Landwirtschaftsamtes auf der Tullauer Höhe in Schwäbisch Hall. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass die bauliche Nutzung des Grundstücks eingeschränkt ist. Für eine Wohnbebauung, an der mehrere Bauträger interessiert sind, ist eine Änderung des Bebauungsplans notwendig. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Stadt Schwäbisch Hall. Wenn die bauliche Nutzung eingeschränkt bleibt, ist das Grundstück weniger Wert und wir müssen uns dann überlegen, ob das frühere Landwirtschaftamt überhaupt noch verkauft werden soll oder sich unter den veränderten Umständen eine Eigennutzung für Landkreisbehörden rechnet. Dann würden allerdings 800.000 Euro Einnahmen im Haushaltsplan 2009 fehlen. Auf dieses Risiko will ich ausdrücklich hinweisen.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
der Schuldenstand zum 31.12.2009 soll 44,3 Mio. Euro betragen. Das wären ca. 355.000 Euro weniger als zum Jahresende 2008. Beim Schuldenstand muss ich erneut auf das Risiko durch die Kasseneinnahmereste im Sozialbereich hinweisen. Ein Teil dieser Forderungen in Höhe von ca. 6 Mio. Euro aus Unterhaltsverpflichtungen wird spätestens mit der Umstellung unserer Haushaltsrechnung auf die kaufmännische Buchführung abgeschrieben werden müssen. Unsere Gesamtverschuldung wird dann immer näher an die 50 Mio. Euro heranrücken.**

Wir wollen im Haushaltsplanentwurf 2009 die Verschuldung um

0,8 % zurückführen. Das ist nicht besonders viel, der Haushalt kann aber ohne Netto-Neuverschuldung ausgeglichen werden. Das heißt, wir nehmen 2,512 Mio. Euro neue Kredite auf, tilgen aber gleichzeitig 2,847 Mio. Euro. Dieses Ziel schaffen wir aber nur mit einem gleichbleibenden Hebesatz von 36 % für die Kreisumlage. Wenn die Kreisumlage gesenkt werden soll, kommen wir um eine Schuldaufnahme nicht herum; es sei denn, der Kreistag möchte eben auf Investitionen verzichten oder die Finanzierung einzelner Vorhaben zulasten der künftigen Haushalte strecken. Da ich vermute, dass ein Schwerpunkt der Haushaltsdiskussion der Hebesatz für die Kreisumlage sein wird, folgende Informationen: 1 % Kreisumlage entspricht einem Betrag von 1,8 Mio. Euro. Bei einer Senkung um 1 % bräuchte dies den einzelnen Gemeinden eine Ersparnis von 15.834 Euro bis 365.627 Euro. Im Einzelnen verweise ich auf die Tischvorlage, in der auch noch die entsprechenden Zahlen bei einer Kreisumlage von 35,5 % angegeben sind.

Meine Damen und Herren,

vor uns stehen noch viele Aufgaben, für deren Finanzierung wir künftig noch kräftig Schulden aufnehmen müssen. Ich nenne nur einige davon:

2010 soll die ca. 4 Mio. Euro teure Sanierung der Tiefgarage unter dem Landratsamt durchgeführt werden. Die Stadtwerke Schwäbisch Hall erwarten vom Landkreis eine Kostenbeteiligung in Höhe von rund 2,6 Mio. Euro. Wir bestreiten die Höhe der Forderung und verlangen eine Kostenteilung nach der Zahl der Stellplätze. Das wären aber immer noch ca. 1 Mio. Euro, die vom Landkreis finanziert werden müssen.

Im Verwaltungs- und Finanzausschuss haben wir über den dringenden Sanierungsbedarf für die Landkreisgebäude berichtet. 18 Mio. Euro beträgt der Investitionsstau bei der Gebäudeunterhaltung. Der Ausschuss hat dem Kreistag einstimmig empfohlen, im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2009 ein Energiespar- und Modernisierungsprogramm für die Landkreisgebäude einschließlich Instandhaltungsetat mit einem Gesamtvolumen von 30 Mio. Euro zu beschließen. Dieser Betrag soll in Teilbudgets in den Haushaltsplänen 2009 bis 2014 finanziert werden.

Eine große Zukunftsaufgabe bleiben unsere Krankenhäuser. Die Zukunft der Krankenhäuser in unserem Landkreis steht auf einem sicheren und guten Fundament. Die neue Gesundheitsholding ermöglicht eine flächendeckende Sicherstellung der Patientenversorgung im ambulanten und stationären Bereich im Landkreis und macht eine sinnvolle Schwerpunktbildung an einzelnen Standorten möglich. Wir sind mit unserem Partner Diak auf einem sehr guten Weg. Ich blicke deshalb optimistisch in das kommende Jahr.

Das Klinikum Crailsheim muss dringend modernisiert werden. Natürlich hoffen wir auf möglichst viele Landesmittel. Wir bauen auf die Aussage von Ministerpräsident Oettinger beim Kreisbesuch, dass der Zusammenschluss mit dem Diakoniekrankenhaus vom Land bei der Dringlichkeit der Investitionsförderung gewürdigt wird. Der Landkreis wird trotzdem einen Teil der notwendigen Investitionen selbst schultern und dafür neue Schulden machen müssen.

Bei der Beurteilung der finanziellen Lage des Landkreises dürfen wir nicht vergessen, welche Belastungen der Landkreis in den vergangenen Jahren für die Kreiskrankenhäuser verkraften musste. Die Zuschüsse seit dem Jahr 2005 summieren sich auf fast 12,5 Mio. Euro. Wir können alle sehr froh darüber sein, dass die gemeinsame Holdinggesellschaft mit dem Evangelischen Diakoniewerk zustande gekommen ist und die Krankenhauslandschaft im Landkreis Schwäbisch Hall damit zukunftsorientiert neu strukturiert werden konnte. Ein Ergebnis spüren wir schon im Haushaltsplan 2009. Neben der Defizitabdeckung für das Geschäftsjahr 2007 und den im Jahr 2009 notwendigen baulichen Maßnahmen, vor allem für den Brandschutz, haben wir erstmals bei den Einnahmen eine Gewinnabführung der Gesundheitsholding für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 400.000 Euro veranschlagt. Diese Gewinnabführung werden wir zukünftig dringend brauchen, um die geplanten Investitionen im Klinikum Crailsheim schultern zu können. Wir hoffen alle, dass die Gewinne ausreichen, um Zins und Tilgung für die Krankenhausinvestitionen wie geplant im vollen Umfang tragen zu können. Die Rahmenbedingungen werden aber nicht besser. Die 3 Milliarden Euro mehr für die Krankenhausfinanzierung sind keine echte Reform, sondern ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst und die hohen Energiekosten schlagen voll auf die Krankenhäuser durch und belasten die Ergebnisse der Jahresabschlüsse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mir ist es ein wichtiges Anliegen, Ihnen in dieser Haushaltsrede aufzuzeigen, was in Zukunft auf uns zukommt. Ich bleibe optimistisch, dass wir weiterhin unsere Aufgaben erfüllen können. Das wird uns aber viel leichter fallen, wenn wir die hohe Steuerkraft im nächsten Jahr nutzen können, um den Kreishaushalt etwas zu entlasten und uns damit Handlungsfähigkeit für die vielen Zukunftsaufgaben verschaffen können. Ich bin mir bewusst: es wird nicht einfach sein, Sie davon zu überzeugen, von der gewünschten Senkung der Kreisumlage abzusehen. Ich habe Verständnis für diesen Wunsch. Die Konsolidierung des Kreishaushalts hat jedoch für mich und am Ende der Haushaltsberatungen auch für die Mehrheit der Kreisräte, so hoffe ich, die höchste Priorität.

**Meine Damen und Herren,
die Landkreisverwaltung sieht sich weiterhin in der Pflicht zum Sparen. Wir werden weiter konsequent die Verwaltungsabläufe im Landratsamt verbessern und alle Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten nutzen. Wir schlagen Ihnen den Wegfall von 3,8 Stellen vor. Seit Inkrafttreten des Verwaltungsreformgesetzes am 1.1.2005 wurden 52 Stellen abgebaut, von 980 Stellen im Jahr 2005 auf 928 Personalstellen im Stellenplan 2009.**

Trotzdem können wir einen Anstieg der Personalkosten um rund 1,5 Mio. Euro im nächsten Jahr nicht vermeiden. Das ist eine Steigerung um 3,67 %. Grund für diese Erhöhung sind hauptsächlich die tariflichen Lohnsteigerungen in 2008 und 2009 von zusammen rund 8 %. Im Haushaltsplan 2009 wirkt sich die Unterfinanzierung der Personalkosten in diesem Jahr aus. Im Jahr 2008 gab es eine Lohnerhöhung von rund 5,1 %, veranschlagt

waren aber nur 2,5 %. Für 2009 ergibt sich eine weitere Lohntariferhöhung von rund 2,9 %. Auch eine Anpassung der Beamtenbesoldung musste im Kreishaushalt 2009 berücksichtigt werden.

Der Stellenabbau in der Landkreisverwaltung wird fortgesetzt. Das ist allen Führungskräften bekannt und wird auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommuniziert. Die Notwendigkeit zur konsequenten Fortsetzung des Sparkurses zeigt der Blick auf die Tabelle über die Entwicklung der Effizienzrendite für den VRG-Bereich. Wir sind jetzt das erste Mal mit 1,18 % (rund 725.000 Euro) ins Minus gerutscht. Das liegt an den Personalkosten, die wegen der Altersstruktur nicht noch stärker gesenkt werden konnten. Es entstehen aber auch höhere Sachkosten, im Wesentlichen verursacht durch Abschreibungen bei den Straßenmeistereien. Das Land hat uns nämlich einen völlig veralteten Fuhrpark überlassen, den wir jetzt Jahr für Jahr modernisieren müssen und natürlich durch die nach wie vor unbefriedigende Situation bei den Vermessungsgebühren, die mit einem Minus von ca. 400000 € zu Buche schlagen.

Wir wollen, meine Damen und Herren, auch im kommenden Jahr unserer Verantwortung den jungen Menschen gegenüber gerecht werden. Es sollen 20 Ausbildungsstellen wieder besetzt werden. Auch wenn sich der Ausbildungsmarkt jetzt deutlich entspannt zeigt; der Landkreis muss seiner Vorbildfunktion als Ausbildungsbetrieb im dualen System gerecht werden.

Im Kreishaushalt 2009 wurden keine Investitionsmittel für die künftige Unterbringung der Landkreisverwaltung eingeplant. Wir können nach der Evaluierung der Verwaltungsreform jetzt hoffentlich sicher sein, dass das Land keine weiteren Behörden zurückholt und nun endlich langfristig die Unterbringung planen. Die letzte Weichenstellung wird der Kreistag heute hoffentlich entscheiden. Wir werden dann genau prüfen, wie viele Arbeitsplätze durch Zusammenrücken in den eigenen Gebäuden noch untergebracht werden können. Dafür notwendige Ausgaben sollen durch eventuelle Verschiebungen im Budget für die Gebäudeunterhaltung finanziert werden.

Nun zu einem sehr wichtigen Bereich, unserem Sozialhaushalt:

Auch im Jahr 2009 ist die Soziale Sicherung der Bereich mit den höchsten Ausgabensteigerungen. Ich versichere Ihnen: Der neue Sozialdezernent hat keine Reserven eingebaut. Der Sozialhaushalt ist wieder auf Kante genäht. Trotzdem steigt der Zuschussbedarf für die Soziale Sicherung um 3,1 Mio. Euro. Das ist eine Steigerung um 5 % auf über 65 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren,

einige Kreisräte werfen mir zu großen Sparwillen im sozialen Bereich vor. Kommt es bei diesen Millionenbeträgen noch auf einige wenige Freiwilligkeitsleistungen an? Wäre es nicht besser, solchen Vorwürfen aus dem Weg zu gehen nach dem Motto „Zahlen macht Fried“?

Nein, meine Damen und Herren.

Eine verantwortliche und nachhaltige Sozialpolitik richtet ihren Blick in die Zukunft. Wohlklingende Versprechungen, die zu lasten der künftigen Generation gehen, verspielen die Chance für tragfähige und dauerhafte Zukunftskonzepte. Gerade deshalb ist längst nicht mehr alles, was wünschenswert ist, heute noch machbar. Wir müssen nicht immer „mehr“ machen, manchmal hilft es sehr, wenn wir die Dinge „besser“ machen. Um uns den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können, müssen wir handlungsfähig bleiben. Medizinischer Fortschritt, bessere Lebensbedingungen und jahrzehntelanger Frieden im Land führen zu einer deutlichen und erfreulichen Steigerung der Lebenserwartung, während die Zahl der Geburten stetig sinkt. Diese demografische Entwicklung verengt aber die finanziellen Spielräume. Immer weniger Erwerbstätige müssen in den sozialen Sicherungssystemen und mit ihren Steuern für immer mehr Menschen im Rentenalter aufkommen. Was fehlt, wird künftig in zunehmenden Maß die Sozialhilfe abdecken müssen, als letztes Netz der sozialen Sicherung. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir die gesetzlich nicht geregelten Freiwilligkeitsleistungen eben auf den Prüfstand stellen und bei den Pflichtleistungen darauf achten, dass sie nur den wirklich bedürftigen Menschen und dann mit einem hohen Wirkungsgrad zugute kommen.

Meine Damen und Herren,

es muss jeder Bedürftige die ihm nach unseren Gesetzen zustehenden Leistungen ungeschmälert und vor allem passgenau erhalten. Ich weiß, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Sozialverwaltung tagtäglich mit hohem Verantwortungsbewusstsein

für die Menschen da sind und die ihnen anvertrauten öffentlichen Mittel bewirtschaften und dabei auch alle Ermessensspielräume ausnützen. Dass es trotzdem immer wieder Einzelne gibt, die mit der gewährten Leistung nicht zufrieden sind oder die mit der Ablehnung einer Leistung nicht einverstanden sind, liegt in der Natur der Sache.

Daran würden wir auch mit großzügigen Freiwilligkeitsleistungen nichts ändern können. Damit würden wir nur dafür sorgen, dass die Finanzierung von sozialen Leistungen in der Zukunft immer schwieriger wird und unser bewährtes soziales System irgendwann tatsächlich nicht mehr finanzierbar sein wird. Deshalb ist die Ausgabendisziplin wie in anderen Bereichen auch im Sozialhaushalt notwendig. Sozial ist nicht, wer mehr Geld gibt, das er nicht hat, sondern sozial ist, wer mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umgeht und Schulden zulasten der künftigen Generationen vermeidet. Dazu bekenne ich mich, auch wenn diese Haltung in der Tagespolitik nicht immer bequem ist.

Nun komme ich zu den einzelnen Bereichen des Sozialhaushalts:

Im Jahr 2007 haben die Sozialhilfeträger in Deutschland 18,8 Mrd. Euro für Sozialhilfe ausgegeben. Davon entfallen 10,6 Mrd. Euro auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Hilfearten, wie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Hilfe zur Pflege. Somit entfallen bundesweit 56,4 % der gesamten Sozialhilfeausgaben auf die Eingliederungshilfe. Diese Dimension macht deutlich, dass die Eingliederungshilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Auch wenn der Bund hier auf beiden Ohren taub ist, muss doch immer wieder daran erinnert werden, dass das seit Jahren geforderte Bundesteilhabegeld den behinderten Menschen eine gewisse finanzielle Beweglichkeit und damit mehr Selbstständigkeit und Selbstbestimmungsmöglichkeit verschaffen würde, bei gleichzeitig deutlicher Entlastung der Sozialhilfeträger.

Wir liegen im Bereich der Eingliederungshilfe im Jahr 2007 mit den Fallkosten deutlich unter dem vom Kommunalverband für Jugend und Soziales ermittelten Landesdurchschnitt und konnten die jeweiligen Kosten gegenüber 2006 sogar geringfügig senken. Wir haben aber 6,7 Leistungsfälle pro 1.000 Einwohner und liegen damit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 5,0 Leistungsfällen pro 1.000 Einwohner. Dies drückt sich auch in den Kosten pro Einwohner aus, bei denen wir um fast 30 Euro pro Einwohner über dem Landesdurchschnitt liegen.

Auch in der Eingliederungshilfe führt die demografische Entwicklung dazu, dass wir in den nächsten zehn Jahren noch von einem Wachstum in diesem Bereich ausgehen müssen. Beunruhigend und bedrückend ist die Zunahme chronisch seelischer Erkrankungen und Behinderungen. Es ist nicht vorhersehbar, wohin diese Entwicklung noch führen wird.

Erstmals erreicht jetzt auch eine Generation von behinderten Menschen das Rentenalter. Das ist für die Betroffenen und deren Angehörige sehr erfreulich. Leben behinderte Menschen in einem

Heim, so erhalten sie von der Pflegeversicherung monatlich nur 256 Euro, weil die Pflegeversicherung grundsätzlich nicht für das Leben in einem Behindertenheim aufkommt. Hier müssen kreative Lösungen gesucht und gefunden werden, die den Sozialhilfeträger nachhaltig entlasten und vor allem ohne nachteilige Auswirkung für die behinderten Menschen hinsichtlich der Betreuung sind. Es kann nicht richtig sein, dass behinderte Menschen, teils durch die Sozialhilfe finanziert, Beiträge zur Pflegeversicherung bezahlen und nachher keine Pflegeleistungen erhalten. Wir reden hier schon in Pflegestufe 1 von einer jährlichen Entlastung in einer Größenordnung von 10.000 Euro pro Person.

Wir müssen in der Eingliederungshilfe weiterhin mit steigenden Fallzahlen rechnen. Zusätzliche Ausgabensteigerungen kommen durch höhere Tarifabschlüsse und die Energiepreise auf den Landkreis zu. Die Einrichtungen geben diese Kostensteigerungen über die Vergütungssätze an den Sozialhilfeträger weiter. Für 2009 rechnen wir mit Mehrausgaben von fast 1,6 Mio. Euro bei den Eingliederungshilfen für behinderte Menschen. Der Zuschussbedarf wird voraussichtlich 25,63 Mio. Euro betragen und liegt damit um 6,5 % über dem Haushaltsansatz 2008. Seit dem Jahr 2005 stieg der Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfen um rund 4,4 Mio. Euro oder 20,7 % in 4 Jahren.

Hier müssen wir gegensteuern. Was in der Jugendhilfe noch nie anders war, muss auch in der Sozialhilfe Standard werden. Nämlich, dass der erste Weg der zum Landratsamt ist. Mit der Erstberatung, der Hilfeplanung und der Fallsteuerung wollen wir den behinderten Menschen passgenaue Hilfen in der Frühförderung, im

Kindergarten und in der Schule, vom ambulanten Wohnen bis zur Heimunterbringung bedarfsgerecht und effizient anbieten. Gerade deshalb wird es in der Zukunft darauf ankommen, passgenaue Hilfen gemeinsam mit den Leistungserbringern zu entwickeln und die entsprechende Angebotsvielfalt zu schaffen. Ich will nur zwei Denkansätze aus der Vielzahl von Möglichkeiten nennen: Persönliches Budget und beim ambulanten betreuten Wohnen zum Beispiel ein Hilfe-Mix aus verschiedenen Qualifikationen zum Erhalt der häuslichen Betreuung, flankiert von einem Familiencoaching.

Auch die Sozialplanung für Menschen mit Behinderungen im Landkreis, deren Entwurf vor der Fertigstellung steht, wird zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe Aussagen treffen. Es erfolgt zeitnah die Diskussion mit den am Planungsprozess Beteiligten und dann die Beratung und Verabschiedung in den Gremien des Kreistags. Es liegt noch viel wichtige Arbeit vor uns, meine Damen und Herren.

Nun zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, umgangssprachlich Hartz IV genannt:

Mit Freude können wir jeden Monat die Arbeitsmarktstatistik in der Zeitung lesen. Der Agenturbezirk Schwäbisch Hall steht immer mit an vorderster Stelle in Baden-Württemberg und gehört damit auch bundesweit zu den Vorzeigeregionen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhält, ist deshalb rückläufig. Auch die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft sind leicht gesunken.

Die niedrige Arbeitslosenquote hat positive Auswirkungen im SGB II. Sie bringt aber nicht die hohen Entlastungen, wie so oft erwartet wird. Bei den Leistungsberechtigten, die aufstockend Hartz IV Leistungen erhalten, kommt hinzu, dass nach dem Gesetz Einkommen, das ein SGB II Empfänger erzielt, erst auf die Regelleistung des Bundes angerechnet wird. Bei geringem Einkommen bleiben die Kommunen weiterhin voll in der Leistungspflicht. Sie profitieren deshalb viel weniger als der Bund vom wirtschaftlichen Aufschwung.

Weiterer Grund für die hohen Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft sind die Nebenkosten, die sich mittlerweile wegen der hohen Energiekosten zur „zweiten Miete“ entwickeln. Hier sind die Kommunen bei Hartz IV voll in der Kostenpflicht.

Der Gesetzgeber ist 2005 damit angetreten, dass die Kommunen aus den Einsparungen der Länder um jährlich 2,5 Mrd. Euro entlastet werden. Um diese Entlastung entbrannte seither Jahr für Jahr ein heftiger Streit. Nun hat der Bund gehandelt und die Erstattung gesetzlich klar, aber leider zum Nachteil der Kommunen geregelt. Die Kostenerstattung des Bundes richtet sich nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht nach der Höhe der tatsächlich zu leistenden Ausgaben. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist aber stärker rückläufig als die tatsächlichen Ausgaben der Kommunen, die deshalb auf einem Jahr um Jahr höher werdenden Anteil für die Kosten der Unterkunft sitzen bleiben. Dieser gesetzgeberischen Fehlleistung des Bundes haben die Länder tatenlos zugesehen. Ein schönes Beispiel dafür, wie das Konnexitätsprinzip in der Praxis gehandhabt wird. Bund

und Länder verschieben die Aufgaben und die Verantwortung nach unten, kümmern sich aber nicht ausreichend um die Finanzierung der übertragenen Aufgaben.

Auch das Land Baden-Württemberg macht es sich sehr einfach. Hartz IV-Haushalte haben keinen Anspruch auf Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz. Die Kosten der Unterkunft tragen allein die Kommunen. Das Land spart durch den Leistungsausschluss bei den Hartz IV-Empfängern Jahr für Jahr rund 130 Mio. Euro. Was aber tut das Land beim Finanzausgleich? Es zieht den Sonderlastenausgleich Ost mit rund 99 Mio. Euro ab und gibt nur den kümmerlichen Rest an die Kommunen weiter.

Wie werden trotz alledem im Rechnungsergebnis 2008 Verbesserungen gegenüber dem Planansatz bei Hartz IV erreichen. Wir dürfen uns aber nicht davon täuschen lassen. Hartz IV, meine Damen und Herren, wird die Landkreise zunehmend belasten. Das werden wir erst richtig spüren, wenn die Konjunktur tatsächlich abflaut und die Arbeitslosigkeit wieder ansteigt. Ich hoffe sehr, dass der Arbeitsmarkt im Landkreis Schwäbisch Hall durch den viel gerühmten Branchenmix stabil genug ist, um den im nächsten Jahr auf uns zukommenden konjunkturellen Dämpfer ohne allzu große Ausschläge zu verkraften. Vorsorge für schlechtere Zeiten haben wir im Budget für Hartz IV nicht getroffen.

Noch keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2009 haben die auf uns zukommenden Änderungen bei der ARGE. Das

Bundesverfassungsgericht hat Ende 2007 die ARGEn als unzulässige Mischverwaltung für verfassungswidrig erklärt. Inzwischen besteht politischer Konsens darüber, dass die ARGEn verfassungsfest gemacht werden sollen. Ich hoffe, dass dies auch genutzt wird, um die Probleme in der Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur und den Kommunalverwaltungen zu lösen. Und zwar dieses Mal so rechtzeitig, dass wir uns darauf einstellen können. Erste Eckpunkte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bewertet der Deutsche Landkreistag als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Das lässt nichts Gutes für die Landkreise ahnen.

Überschuldete Haushalte, meine Damen und Herren, sind ein immer größer werdendes Problem in unserer Gesellschaft. Auch der Landkreis Schwäbisch Hall bleibt davon nicht verschont. Mit Hartz IV haben die Kommunen den eindeutigen Auftrag erhalten, neben Kinderbetreuung und Suchtberatung auch die Schuldnerberatung für SGB II Empfänger zu organisieren.

Wir haben deshalb im Jahr 2007 mit Unterstützung der Sparkassenstiftung das Projekt „Ehrenamtliche Schuldnerbegleitung“ gestartet. Zusammen mit dem Arbeitskreis christlicher Kirchen wurden ehrenamtliche Schuldnerbegleiter gefunden und für diese Aufgabe geschult. Dieses Angebot wurde hervorragend angenommen, so gut, dass sich zwischenzeitlich schon andere Landkreis für das Haller Modellprojekt interessieren.

Die Nachfrage von überschuldeten Hilfesuchenden hat einen solchen Umfang angenommen, dass die bisherige ehrenamtliche

Koordinatorin die Arbeit nicht mehr leisten kann. Der Sozial- und Kulturausschuss hat deshalb einer Personalverstärkung für die Schuldnerberatung zugestimmt. Mit einem hauptamtlichen Koordinator kann künftig die ehrenamtliche Schuldnerbegleitung fortgeführt werden. Auch präventive Projekte an Schulen sollen künftig zum Programm gehören. Die Stellenschaffung ist außerdem notwendig, um den bisher einzigen Schuldnerberater im Landratsamt zu unterstützen. Er kann die steigenden Fallzahlen alleine nicht mehr bewältigen.

Ein neues Thema für das Sozialamt ist die Altenhilfe- und Pflegeplanung. Diese soll im Jahr 2009 begonnen werden. Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom Mai 2008 sieht zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor. Diese beraten umfassend und unabhängig über die Sozialleistungen bei Pflegebedürftigkeit, koordinieren die für die wohnortnahe Versorgung in Betracht kommenden Angebote, geben Hilfestellung bei der Inanspruchnahme der Leistungen u.v.m. Der Landkreis muss hier mit seiner Planungshoheit und als Sozialhilfeträger zwingend mit im Boot sein. Es darf auch keine doppelten Beratungsstrukturen geben. Unter der Moderation des Sozialministeriums wird derzeit ein Kooperationspapier erarbeitet, das ein Miteinander von Pflegekassen und Sozialhilfeträgern ermöglichen soll. Erst dann will das Land den Startschuss für die Pflegestützpunkte geben. Allerdings gibt es aus Mitteln der Pflegeversicherung lediglich eine Anschub-Finanzierung von max. 50.000 Euro pro Stützpunkt,

sodass hier auf die Landkreise weitere Kosten zukommen können. Im Haushaltsplan haben wir dafür noch nichts eingestellt.

Ich komme jetzt zur Jugendhilfe:

Das Amt für Jugend und Bildung wird 2009 wieder zum alten Jugendamt. Das Land hält an der „Rückverstaatlichung“ der Schulverwaltung fest. Da kann die Entscheidung für ein zentrales Schulamt im Hohenlohekreis noch so falsch sein. Es wird kein zurück mehr geben und auch eine Außenstelle in Schwäbisch Hall lehnt das Land kategorisch ab. Die Zusammenarbeit zwischen Schulaufsicht, Schulpsychologischer Beratungsstelle, Jugendamt und Sozialamt war vorbildlich, effizient und von kurzen Wegen geprägt. Die Reform der Verwaltungsreform sorgt nun dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schulamtes ab dem nächsten Jahr viel Arbeitszeit auf den Straßen zubringen. Mehr möchte ich nicht mehr dazu sagen.

In der Jugendhilfe müssen wir feststellen, dass die Ausgaben insbesondere durch wachsende Fallzahlen steigen. Wir rechnen 2009 mit einem Zuschussbedarf von über 15,7 Mio. Euro. Das sind fast 1,2 Mio. Euro oder 7,9 % mehr als der Planansatz 2008. Die wesentlichen Gründe dafür sind:

- immer mehr junge Mütter mit ihren Kindern bedürfen der Hilfe in einer Mutter-Kind-Einrichtung.**
- Die Ausgaben für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege steigen weiter. Dies liegt an der steigenden Zahl der Eltern, die auf**

eine Tagesbetreuung für ihre Kinder angewiesen sind, die Kosten jedoch nicht mehr selbst bezahlen können. Zu einem Großteil geht es um Kinder von Eltern, die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) bekommen und zum Teil auch in Integrationsmaßnahmen sind.

- Mit großer Besorgnis erfüllt uns die zunehmende Zahl von Kindern, die bereits im Kindergarten oder in der Schule wegen einer drohenden seelischen Behinderung Eingliederungshilfe im Rahmen der Jugendhilfe benötigen, ganz zu schweigen von kostenintensiven Heimunterbringungen in besonderen Behinderteneinrichtungen.

Es ist uns zwar gelungen, die stationären Hilfen weiter zurückzufahren. Immer mehr Kinder und Jugendliche müssen aber in ambulanten Maßnahmen versorgt werden, die sehr intensiv ausgestaltet sein müssen, um eine Eskalation zu vermeiden und die Kinder in den Familien halten zu können.

Für einige Irritationen haben unsere Kündigungen der Verträge über ambulante Hilfen gesorgt. Der Grund für diese Kündigungen war die Überprüfung der Leistungen, die für den Landkreis erbracht werden und um darüber mit den Jugendhilfeträgern ins Gespräch zu kommen. Dies wurde erreicht und es gibt auch schon erste Ergebnisse. Wir sind mit zwei Trägern „handelseinig“ und mit einem weiteren Träger auf einem guten Weg. Mit weiteren Trägern findet morgen ein Gespräch statt.

Der Landkreis investiert weiterhin in Prävention. Beim Allgemeinen Sozialen Dienst wurde eine zusätzliche Stelle geschaffen, weil die Zahl der Meldungen über mögliche Kindeswohlgefährdungen ständig steigt und wir gewährleisten müssen, dass jedem Hinweis sofort nachgegangen wird. Deshalb ist es uns auch wichtig, Angebote im Rahmen von „Frühen Hilfen“ zu schaffen und voranzubringen. Das Ziel ist, auf frühe Zeichen von Unsicherheit und Überforderung in Familien zu reagieren. Kinder brauchen eine Chance auf eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft von Anfang an. Sie benötigen Förderung und Bildung sowie Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung. Die ersten Lebensjahre sind die Basis für die spätere Entwicklung eines Kindes und eine gute Eltern-Kind-Beziehung. Geld für Prävention ist deshalb gut angelegt. Wenn wir uns um die Kleinsten große Sorgen machen, dann haben wir vielleicht mit den Großen später etwas kleinere Sorgen.

Meine Ausführungen über die Entwicklung im Sozialbereich machen deutlich, dass die Ausgaben für die Pflichtaufgaben weiter zunehmen werden. Für Freiwilligkeitsleistungen bleibt im Sozialbereich, wie im ganzen Haushaltsplan, kaum Spielraum oder wie es die GPA im Prüfungsgespräch ausgedrückt hat: „der Landkreis kann keine Wohltaten verteilen.“ Die von IMAKA in der Potentialanalyse ausgesprochenen Empfehlungen sorgen trotzdem für genügend Diskussionsstoff. Die Fragen im Zusammenhang mit der Fachberatungsstelle für alleinstehende Wohnsitzlose sowie den Tagestreff Schuppachburg, der Zuschuss an mehrere Träger von mobilen sozialen Diensten für die Ausgabe

von Essen auf Rädern, der Zuschuss für die Sexual- und Partnerschaftsberatung pro Familia, der Zuschuss für die Drogenberatung im Jugendgefängnis (JVA) sowie die Konstellation des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Samariterstiftes – alle diese Themen brauchen nicht in der Haushaltsdebatte diskutiert werden. Die Mittel wurden im Haushaltsplanentwurf 2009 nicht gestrichen. Es bleibt deshalb genügend Zeit, um in Ruhe über alle Fragen im Zusammenhang mit diesen Freiwilligkeitsleistungen zu sprechen.

Dagegen sind kommunalpolitisch motivierte Podiumsdiskussionen im Vorfeld der Haushaltsberatungen, zu denen die Kreisverwaltung nicht einmal eingeladen ist – meine Damen und Herren, wir haben das aus der Presse erfahren – einseitig und wie man sieht, auch nicht zielführend. Mit solch pauschalen Behauptungen mancher sozialer Einrichtungen, wie z.B. „bedürftige Menschen werden oft nur als Kostenfaktor gesehen“ und „die Öffentlichkeit nimmt die soziale Wirklichkeit nicht wahr“, ist niemand geholfen. Am wenigsten den bedürftigen Menschen, für die der Landkreis zuständig ist.

Stillstand ist Rückschritt. Deshalb wollen wir auch im Sozialbereich besser werden. Dass wir darüber nachdenken und uns dazu eines externen Beraters bedienen, ist legitim. Von unzutreffenden Aussagen zum Inhalt des Beraterpapiers, wie etwa, der Landkreis wolle in den Einrichtungen der Behindertenhilfe mit eigenem Personal steuern, distanzieren wir uns.

Wir sind ständig im Gespräch mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege. Daher ist es schon erstaunlich, dass aktuell seitens der Liga isoliert mit den Fraktionen über die Kreisverwaltung, und nicht mehr mit der Kreisverwaltung

gesprachen werden soll. Dies kann kein zukunftsweisender Weg sein.

Weil wir im Kreishaushalt sparsam haushalten müssen, bin ich froh und dankbar, dass über die Landkreis Schwäbisch Hall-Stiftung einige wichtige Projekte und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden konnten und können. Von anfänglich 250.000 Euro ist das Stiftungskapital auf inzwischen knapp 900.000 Euro angewachsen. Wir steuern auf die erste Million zu. Diese Zuwendungen sind ein deutliches Zeichen der Solidarität und des guten, partnerschaftlichen Miteinanders in unserem Landkreis. Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens konnten in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 26 Projekte bezuschusst werden, die alle in vorbildlicher Weise herausragendes bürgerschaftliches Engagement fördern. Im kommenden Jahr werden wir weitere Projekte unterstützen, gleichzeitig auch eigene Initiativen voranbringen.

Nun zu den Schulen:

Die Erweiterungen der Berufsschulzentren in Schwäbisch Hall und Crailsheim sind abgeschlossen. Damit sind wir aber noch lange nicht am Ende. Im Verwaltungs- und Finanzausschuss haben wir eine lange Liste mit dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen vorgelegt. Das Energiespar- und Modernisierungsprogramm für die kommenden Jahre summiert sich auf über 18 Mio. Euro und betrifft ganz überwiegend die Schulen. Im Jahr 2009 haben wir für die

Gebäudeunterhaltung in den Berufsschulzentren fast 4 Mio. Euro eingeplant. Die größte Einzelmaßnahme ist die Sanierung der Großsporthalle in Crailsheim mit 1 Mio. Euro. Die Restfinanzierung für dieses Vorhaben soll 2010 eingeplant werden. Die von den Schulen angemeldeten Einzelbeschaffungen konnten im Haushaltsplanentwurf nicht alle berücksichtigt werden. Alles was zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig ist, können wir uns leider nicht leisten.

Für den Nahverkehr erhöht sich der Zuschussbedarf im nächsten Jahr um 275.000 Euro, dies im Wesentlichen aufgrund der steigenden Kosten bei den Vertragsfahrten im Sonderschulverkehr sowie der Tarifierhöhungen für den ÖPNV. Auch in diesem Bereich schlagen jetzt die hohen Energiekosten durch.

Die ersten Anzeichen des Schülerrückgangs machen sich jetzt bei der Beförderung bemerkbar. Bei den Eigenanteilen muss deshalb von einem leichten Rückgang ausgegangen werden. Dies wird sich neben dem Kostenanstiegs bei den Personal- und Sachkosten auf die wirtschaftliche Situation bei den Verkehrsunternehmen auswirken. Der Restrukturierungsprozess muss deshalb weiter vorangehen und die Kooperation noch weiter intensiviert werden.

Das Thema Linienbündelung wird ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang sein. Die Tauberbahn-Studie hat gezeigt, dass bei unbefangener Betrachtung Einsparpotenziale zu lokalisieren sind. Klar ist aber auch, dass bei Optimierungsansätzen sich oftmals Nachteile für Einzelne nicht vermeiden lassen. Unser Ziel muss es

sein, weiterhin für unseren ländlichen Raum ein beständiges und gut ausgebautes ÖPNV-Rahmenangebot bereitzuhalten. Im Einzelfall muss es aber auch möglich sein, selbstverständlich in zumutbarem Rahmen, gewisse Verschlechterungen abverlangen zu können, um das System insgesamt stabil zu halten. Wir werden nicht umhin kommen in Einzelfällen vermehrt die Grenzen auszuschöpfen, die unsere Schülerbeförderungssatzung setzt.

Bei der vom Land geforderten Dynamisierung der Zuweisungen für den Schülerverkehr höre ich in jüngster Zeit vorsichtige positive Signale. Beim Land steht richtigerweise an erster Stelle das Erreichen der Nettonullverschuldung. Danach kommt Geld für Bildung und Kinder. Deshalb könnte sich bei der Schülerbeförderung tatsächlich etwas tun. Unabhängig davon versuchen wir jetzt schon, die Verkehre auf die sich veränderten Schulangebote abzustimmen. Dies setzt aber voraus, dass die Gemeinden als Schulträger den Landkreis und die Verkehrsunternehmen so früh wie möglich in die Planungen für Ganztageschulen und Betreuungsangebote einbinden.

Im nächsten Jahr wird die Bus-Schiene Konzeption für das nördliche Kreisgebiet weiterentwickelt und die Reaktivierung des Haltepunkts Wallhausen weiterverfolgt. Wir müssen vom Landkreis aus alles tun, um die Tauberbahn zu stärken. Die modellhafte Weiterentwicklung des ÖPNV ist deshalb Bestandteil eines EU-Förderantrages, den die Kommunen im nordöstlichen Kreisgebiet mit Unterstützung unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft beim Ministerium Ländlicher Raum gestellt haben. Diese aktive

Strukturförderung für das nordöstliche Kreisgebiet halte ich für ganz wichtig und die Initiative findet deshalb meine volle Unterstützung.

Meine Damen und Herren,

ein Thema in den Haushaltsberatungen wird die Jagdsteuer sein. Hierzu verweise ich auf den Antrag der Jägervereinigungen Crailsheim und Schwäbisch Hall. Dieses Schreiben enthält viele gute Argumente für die Abschaffung der Jagdsteuer. Nur, der Landkreis ist nicht der richtige Ansprechpartner. Wenn die Jagdsteuer nicht mehr zeitgemäß ist, dann muss sie vom Land abgeschafft werden. Rechtsgrundlage für die Jagdsteuer ist nun einmal das Kommunalabgabengesetz. Diese Vorschrift ist ein Landesgesetz. Tatsache ist auch, dass der Landkreis seine Einnahmequellen ausschöpfen muss, bevor Schulden aufgenommen werden dürfen. Soll das bei der Jagdsteuer plötzlich wegen angeblicher Geringfügigkeit außer Kraft gesetzt werden? Wollen wir künftig in jeder Haushaltsberatung neu darüber diskutieren, ob die Jagdsteuer erhoben werden soll? Sollen wir uns ständig das Argument vorhalten lassen, dass auf 100.000 Euro Jagdsteuer verzichtet wurde, für ein anderes Anliegen aber kein Geld vorhanden ist? Solche Argumente und Anträge würden künftige Haushaltsberatungen immer wieder belasten. Nein, meine Damen und Herren. Das ist kein ordnungsgemäßes Verfahren.

Die Jagdsteuer wurde zwar schon in einigen Landkreisen abgeschafft. Es gibt aber auch standhafte Landräte und Kreistage, die dieses Verfahren nicht akzeptieren und richtigerweise auf die

Rechtslage verweisen. So entsteht eine groteske Situation, hier Jagdsteuer, da nicht.

Sie, sehr geehrte Herren Landtagsabgeordnete Rüeck und Dr. Bullinger bitte ich, dafür einzutreten, dass die Landespolitik sich um die Jagdsteuer kümmert und die Landesregierung tätig wird.

**Meine Damen und Herren,
mit Blick auf die vielfältigen Zukunftsaufgaben in unserem Kreis und in unserer Region sehe ich den Landkreis auf einem sehr guten Weg. Ich sehe unseren wunderschönen Landkreis mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt. Wir dürfen uns glücklich schätzen: Wir haben bei uns mit aktuell 3,5 % Prozent eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten bundesweit! Wir werden auch in Zukunft unser Denken und Handeln daran ausrichten, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze hinzu zu gewinnen. Auch die Tourismusförderung wird weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein.**

Der demografische Wandel, der zu großen Veränderungen führen wird, ist eine Herausforderung, die es gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden und allen gesellschaftlichen Verantwortungsträgern zu meistern gilt. Die sich ändernde Zusammensetzung der Bevölkerung muss in unserem Denken und Handeln berücksichtigt werden. Dieses Thema, aber auch die unmittelbaren Auswirkungen auf die Systeme wie Kindergarten und Schule, Ausbildung und Arbeit, Wirtschaft und Gewerbe sowie die Infrastruktur, werden die Schwerpunktthemen der nächsten Jahre sein. Wir werden uns im Pakt Zukunft weiterhin

für den zweigleisigen Ausbau der Murrbahn und für die durchgängige Stadtbahnverlängerung von Heilbronn bis Schwäbisch Hall-Hessental stark machen. Der sechsspurige Ausbau der A 6 bleibt auf unserer Agenda.

Ein bedeutender Sektor ist nach wie vor der Energie- und Umweltbereich. Der Landkreis soll weiter einen aktiven Beitrag zu einem innovativen Klimaschutz leisten. Öl und Gas sind endlich, wir müssen versuchen, regional nachwachsende Rohstoffe sinnvoll zu nutzen. Bei den „Energiethemata“ bleiben wir mit dem Energiezentrum unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft weiter am Ball. Der neue Energie-Atlas zeigt, was im Landkreis schon geleistet wurde und benennt Visionen für die Zukunft.

Auch der Haushaltsplanentwurf 2009 ist ein Beitrag für die Gestaltung der Zukunft. Ich will mich bei allen bedanken, die in dieser schwierigen Zeit Ihren Beitrag dazu leisten, dass der Landkreis Schwäbisch Hall gut da steht. Sie, die Kreisräte, werden sich in den nächsten Wochen mit dem Vorschlag der Verwaltung beschäftigen. Meine Mitarbeiter und ich sind gespannt auf die Stellungnahmen der Fraktionen, auf das, was sie ändern und ergänzen wollen und auf die Diskussion bei den Haushaltsberatungen. Eine Anmerkung: Um etwas Transparenz für die Kreiseinwohner herzustellen, wurde der Haushaltsplanentwurf 2009 bereits heute als PDF-Datei ins Internet gestellt und meine Haushaltsrede kann ab morgen auf der Homepage des Landkreises nachgelesen werden.

Meine Damen und Herren,

ich bedanke mich vielmals bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, bei den Krankenhäusern und bei den Berufsschulen. Ihnen allen wird in dieser Zeit vieles an Änderungsbereitschaft abverlangt. Ich weiß, dass diese Bereitschaft nicht selbstverständlich ist und möchte mich deshalb in aller Öffentlichkeit dafür bedanken. Was wir als Landkreis an Erfolgen erzielen, sind unsere gemeinsamen Erfolge. Mit der Schlagkraft eines derart motivierten Teams sind wir gerüstet, auch die Herausforderungen für das nächste Haushaltsjahr zu meistern mit Kreativität, Herz und Verstand.

Mir ist bewusst, dass die Aufmerksamkeit bei einer langen Haushaltsrede nachlässt und es schwierig ist, die vielen Zahlen sofort zu erfassen und zu bewerten. Deshalb wird Ihnen Herr Schmidt im Anschluss noch einige Eckdaten des Haushalts und deren Entwicklung aufzeigen.

Abschließend danke ich allen, die beim Ausarbeiten dieses umfangreichen Haushaltsplanes mitgearbeitet haben:

dem Finanzdezernenten, Herrn Schmidt, und seiner rechten Hand in der Kreiskämmerei, Herrn Kauk, den Dezernenten, Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie allen anderen an der Erstellung des Haushaltsplans beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich danke Ihnen.